

Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD

Entwicklung und Förderung des Wohnungsmarktes

Das Sanierungsziel für das Land Bremen setzt u. a. auf die Zunahme der Zahl der Arbeitsplätze sowie auf wachsende Bevölkerungszahlen, insbesondere im Hinblick auf den Länderfinanzausgleich. Im letzten Jahr gelang es zum ersten Mal nach Jahren, den Abwanderungstrend zu stoppen und eine Zunahme der Einwohner zu verzeichnen. Diese positive Entwicklung bezieht sich jedoch nur auf die Stadt Bremen. Die Stadtgemeinde Bremerhaven verzeichnet auch weiterhin einen negativen Wanderungssaldo.

Damit das Arbeitsplatzangebot und die Einwohnerzahl im Lande Bremen in Zukunft stabil gehalten bzw. gesteigert werden kann, ist es erforderlich, Bremen und Bremerhaven für „alte“ und „neue“ Einwohnerinnen und Einwohner attraktiv zu gestalten.

Die vom Verband der Wohnungswirtschaft in Niedersachsen und Bremen e. V. bei GEWOS – Institut für Stadt-, Regional- und Wohnforschung GmbH – in Auftrag gegebene Studie „Entwicklung des Wohnungsmarktes in Bremen und Niedersachsen“ vom April 2002, wurde durch die von GEWOS im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft der Wohnungswirtschaft Bremen-Bremerhaven im August 2002 vorgelegte Studie „Wohnungsmarktprognose Bremen 2015“ für Bremen-Stadt, Bremen-Nord und Bremerhaven vertieft und differenziert. Danach ist mit einem Bevölkerungsrückgang im Lande Bremen zu rechnen, der auch negative Auswirkungen auf den Wohnungsmarkt haben wird.

Angebotsüberhänge sind zukünftig insbesondere bei mittelgroßen und kleinen Wohnungen im Mietwohnungssektor zu erwarten. Dagegen wird der Bedarf an Ein- und Zweifamilienhäusern auch in Zukunft von Bedeutung sein. Darüber hinaus ist davon auszugehen, dass es eine erhebliche zusätzliche Nachfrage nach großen Wohnungen und Eigentumswohnungen geben wird.

Wir fragen den Senat:

1. Wie bewertet der Senat die GEWOS-Studie „Wohnungsmarktprognose Bremen 2015“ insbesondere im Hinblick auf den regionalen Wohnungsmarkt in Bremen-Stadt, Bremen-Nord und Bremerhaven?
2. Wie bewertet der Senat die Aussagen der Studie zur Bevölkerungs- und Haushaltsentwicklung in Bremen-Stadt, Bremen-Nord und Bremerhaven?
3. Wann wird der Senat eine Prognose zur Einwohnerentwicklung in Bremen und Bremerhaven als Grundlage für politische Entscheidungen vorlegen?
4. Wie bewertet der Senat die Aussagen der GEWOS-Studie zur Angebots- und Nachfrageentwicklung im Wohnungsmarkt bis zum Jahr 2015, jeweils getrennt nach Bremen-Stadt, Bremen-Nord und Bremerhaven, bezogen auf
 - a) Gebäudetypen,
 - b) Eigentumsformen und
 - c) Wohnungsgröße?

5. In welchem Umfang und mit welchen Instrumenten ist der Senat bereit, den Handlungsempfehlungen der GEWOS-Studie, insbesondere im Hinblick auf Wohnungszusammenlegung, Modernisierung des Altbaubestandes sowie Aufwertung des Wohnumfeldes zu folgen?
6. Welche weiteren Entwicklungschancen Bremens und Bremerhavens als Wohnstandort sieht der Senat und welche Maßnahmen zur positiven Einwohnerentwicklung gedenkt er in diesem Zusammenhang zu ergreifen?
7. Wie beabsichtigt der Senat Initiativen für ein zukunftsorientiertes Wohnungsangebot, zum Beispiel zielgruppenorientierte Wohnformen, Wohn/Bürolofts, innerstädtisches Wohnen, barrierefreie Wohnungsausstattung, Wohnungen mit Serviceangeboten anzuregen und zu unterstützen?
8. Welchen Stellenwert bei der Vermarktbarkeit von Wohnraum werden nach Auffassung des Senats künftig die zielgruppenbezogene Differenzierung und Qualifizierung des Angebots, zusätzliche Service- und Dienstleistungsangebote rund ums Wohnen, das Wohnumfeld sowie Angebot und Erreichbarkeit von Versorgungs- und Freizeiteinrichtungen haben?
9. Welche Konsequenzen insbesondere für den Zeitraum 2003 bis 2007 zieht der Senat aus der GEWOS-Studie jeweils für Bremen, Bremen-Nord und Bremerhaven im Hinblick auf Neubauförderung für Eigenheime und Geschosswohnungsbau, Modernisierungsförderung, Aufwertung und Verdichtung von Wohnquartieren, Baulückenschließung, Bauen im Bestand sowie Ausweisung von Wohnungsbauflächen etc.?
10. Welche bundespolitischen Initiativen will der Senat ergreifen oder unterstützen, um die Attraktivität des innerstädtischen Wohnens zu erhöhen?
11. Wie bewertet der Senat Rückbauprogramme und die Revitalisierung dadurch frei werdender Flächen, und welche Möglichkeiten zur Finanzierung sowie zur Einbeziehung der Wohnungswirtschaft in solche Programme sieht er?

Pflugradt, Eckhoff und Fraktion der CDU

Dr. Sieling, Böhrnsen und Fraktion der SPD